

Der Jurist Rafael Pardo wurde von der Regierung Santos zum „Beratenden Minister“ für den Nachkonflikt berufen.

Über seine Arbeit berichtet SEMANA am 23.01.2016:

Was denkt Rafael Pardo über den Frieden?

Der Beratende Minister für den Nachkonflikt, Rafael Pardo, hat bereits eine Strategie im Kopf, um den Frieden in den Regionen ankommen zu lassen. Hier sein Plan.

Den Frieden kocht man nicht nach Rezepten, die man aus Bogotá mitbringt. Das ist die Botschaft, von der Rafael Pardo möchte, dass sie klar zeigt, wohin der Weg geht. Deshalb besteht er in jeder Gemeinde darauf, die er im Zuge seines Eilmarsches, den er vor einigen Wochen begann und während dessen er erklärt, welche Rolle dem Staat zukomme, wenn der Friedensvertrag unterzeichnet sein wird: „Der Nachkonflikt reicht weiter als die Unterschriften von Regierung und FARC, und er impliziert Aktionen im ganzen Land, nicht nur in den Gemeinden, die vom Krieg betroffen sind“.

SEMANA begleitete Pardo und Innenminister Juan Fernando Cristo auf ihrer ersten Reise in die Departements Huila und Caquetá, wo sie über den Frieden sprachen. In beiden Departements, schwer vom Konflikt und der Abwesenheit des Staates betroffen, redete Pardo mit Bürgermeistern, Gouverneuren und dem Militär darüber, was er im Sinn hat, damit der Frieden in diesen Regionen einzieht. Und das tat er in dem Ton, den er auch 1986 für den Plan der Rehabilitation bei seinen Reisen durch die Regionen anschlug.

Pardos Plan geht von der Annahme aus, dass das Land schon jetzt Fakten des Friedens erleben muss und nicht erst nach der Unterzeichnung des Abkommens am 23. März. Daher präsentierte er ein „Programm der schnellen Reaktion“, das 18 Projekte enthält, vor allem im ländlichen Raum und das 1,5 Billionen Pesos kosten soll. Im Rahmend dieses Plans will er in 300 ausgewählten Gemeinden ein Modell der alternativen Justiz etablieren, das die FARC in jenen Regionen ersetzen soll, in denen diese Legitimität bei der Lösung von Konflikten erlangt hat. Und da man in 60 Tagen keine Justizgebäude errichten kann, schlägt Pardo zum Beispiel vor, dass Richter und Staatsanwälte in diesen Gemeinden an Markttagen amtieren sollen und dass sofort die Ausbildung von Mitgliedern der Gremien der kommunitären Aktion in den alternativen Mechanismen der Justiz begonnen werden soll.

In den 20 am meisten von Landminen betroffenen Orten, die im ganzen Land verstreut liegen, wird eine technische Analyse durchgeführt und der Prozess der Minenbeseitigung begonnen werden. Auch wurden 50 Gemeinden ausgewählt, in denen die Straßen 3. Ordnung verbessert und weitere 300, wo alternative Kulturen u.a. durch Kredite für die Kleinbauern gefördert werden sollen. Pardo versucht bereits, die Landwirtschaftsbank zu veranlassen, spezielle regionale Zweigstellen zu eröffnen, die in einfachen Verfahren Kredite vergeben soll.

In Städten plant Pardo das Programm „Hand für den Frieden“. Die Idee dahinter ist, dass an Studenten der höheren Semester Kredite vergeben werden sollen und diese als Gegenleistung Arbeiten in den vom Krieg betroffenen Regionen übernehmen. Anfangs sollen 23 von UNDP ausgewählte Universitäten in verschiedenen Regionen am Programm beteiligt werden.

Der zweite Pfeiler seines Plans ist die Einhaltung der Vereinbarungen mit der Guerilla. Dafür werden bereits in allen Ministerien Initiativen entwickelt, das Vereinbarte umzusetzen und bis heute gibt es bereits 280 Projekte um dieses Ziel zu erreichen. Einige davon sind regionalen, andere landesweiten Charakters, in Mehrheit im Rahmen der Punkte 1 und 3 der Verhandlungsagenda, nämlich der ländlichen Entwicklung und des Problems des illegalen Drogenanbaus. Der dritte Pfeiler dreht sich um die Schaffung günstiger Bedingungen für produktiven Fortschritt im ganzen Land, weil es die einer guten Umsetzung des Friedensabkommens nicht sein dürfe, dass es einige Regionen erster und andere zweiter Klasse gebe. Hier erwartet Pardo die Unterstützung durch den Privatsektor: Mit Steueranreizen wird

versucht, dass Unternehmen in Regionen investieren, wo das Kriegsgespenst Investitionen abgeschreckt hat.

In der Hitze Caqutás und Huilas und obwohl beide Departements Hochburgen der Oppositionspartei Centro Democrático sind, erzeugte Pardo eine unerwartete Gelassenheit, als er den Plan verkündete. Und wenn es auch von den Anwesenden die eine oder andere Petition aus der Mitte der Gemeinde gab, wie z.B. die Asphaltierung einer Straße oder die Reparatur der Wasserleitung, so wusste das Duo Pardo-Cristo damit umzugehen. Schließlich war es ja auch nicht die erste gemeinsame Bereisung. Sie machten das schon im Wahlkampf für Santos 2014 und als Pardo vor sechs Jahren selbst Präsidentschaftskandidat war. Aber dieses Mal gilt ihre Kampagne dem was kommen wird, falls der Frieden unterzeichnet wird.